

Berliner

Börsen-Zeitung

Abendausgabe . 20 Pfennig.

72. Jahrgang

Montag, 1. November 1926

Ein neues Attentat auf Mussolini.

Der Duce unerstickt. — Der Täter gelichtet.

Bologna, 31. Oktober.

Mensia Stefani.

Auf Mussolini ist bei der Rückfahrt von der Eröffnung des Kongresses für wissenschaftlichen Fortschritt nach dem Bahnhof ein Attentat verübt worden. Eine ungefähr 18 Jahre alte junge Frau gab am Anfang der 18. Tribüne einen Revolver in die Hand Mussolinis ab, der unerstickt blieb. Der Verbrechen des Attentats wurde unmittelbar nach dem Zufall von der Menge gelichtet. Mussolini setzte seine Fahrt nach dem Bahnhof fort, von wo er nach einer Rede vor den verbliebenen Offizieren in einem Sonderzug nach Rom abreiste. Es steht fest, dass es nicht möglich gewesen, die Leiche des Täters zu identifizieren.

Auf dem Bahnhof und während der Reise nach Rom war Mussolini Gegenstand enthusiastischer Sympathieumgebungen der Bevölkerung.

Bologna, 31. Oktober.

Das auf Mussolini abgeleitete Geschoss geriet das Rand des Großbandes des Kuratorkongresses und die Linien in Höhe der Brust, dann durchdrang es den linken Brustarm des Bürgermeisters von Bologna, der Mussolini begleitete. Mussolini bewachte seine Wunde mutig, ließ einige Augenblicke sein Blut fließen und setzte dann seinen Weg nach dem Bahnhof zu fort.

Der Täter hat unmittelbar, nachdem es ihm gelungen war, die Waffenspitze zu erreichen, den Revolver auf Mussolini abgefeuert. Ein Carabinieri und mehrere Soldaten schritten auf den Täter, der dadurch zurückgetrieben wurde, einen zweiten Schuss abgab. Von dem Abschützen Mussolinis wurde die Wunde gefunden, welche auf ihn abgefeuert worden war. Der Verstand des Täters wurde zum Polizeipräsidium geschickt. Bei der Durchsicht seiner Akten wurde nichts gefunden, das zu seiner Identifizierung hätte dienen können. Am dem Wohnort wurden Würtel und 14 Briefe an die Ehefrau gefunden. Es wird angenommen, daß von dem Angeklagten des Attentats bis zur Festnahme des Täters 1 1/2 Minuten vergangen sind.

Ein Anwalt für die Verteidigung Mussolinis ist, daß er unmittelbar nach seinem Attentat auf dem Bahnhof die Wunde an die Offiziere hielt, in der er dem Attentat nicht erwiderte. Am Zentrum des Bahnhofes unterhielt er sich dann in großer Ruhe mit den Interaktionsleitern des Innern und des Äußeren und mit dem Parteisekretär.

Rom, 31. Oktober.

Am 7 Uhr abends trafen Herr Mussolini und seine Familie, mit begleitenden Begleitern, im Hotel, in welchem er verbleibt, ein. Am Zentrum des Bahnhofes unterhielt er sich dann in großer Ruhe mit den Interaktionsleitern des Innern und des Äußeren und mit dem Parteisekretär.

Die Einweihung eines Denkmals in Bologna.

Bologna, 31. Oktober.

Heute vormittag fand die feierliche Einweihung des großen Denkmals „Littoriale“ statt. Für alle Arten von Sport bestimmt ist. Das Stadion kann bis zu 50 000 Zuschauer fassen. Mussolini trat gegen die Mitte des Stadions vor und hielt vor den Militärs eine Rede, die er mit dem Ruf folgte: Schwärzungen, er hebt eine Gewehr, damit die ganze Welt diesen Mann von Bologna nicht in Acht und Scham liegen lassen möge. Die Rede wurde mit nicht endemaligem Beifall aufgenommen.

Mussolini begab sich dann zum Hotel-Emanuel-Weg, wo eine Truppenparade stattfand.

Der Attentäter ein 15-jähriger Knabe.

TU Genf, 1. November.

Nach einem toden Herr eingetragenen Telegramm aus Bologna ist nunmehr die Leiche des Attentäters auf Mussolini identifiziert worden. Es handelt sich um einen Knaben von 15 Jahren namens Antonio Jammone. Seine ersten Bekannten, die Soldaten der 2. Batterie, die den Knaben erschossen, haben ihm eine nachträgliche Untersuchung nicht nach Hause zurückgeführt war, daß der Vater, im Verzeihen, daß ein Mitglied der Partei sei, zur Polizei, wo er die Leiche des Attentäters als seinen Sohn identifizieren konnte.

Goof droht mit Sabotage.

TU London, 1. November.

Der Generaldirektor der Bergarbeitergewerkschaft, Gool, riefte gestern in einer Rede in Liverpool eine Warnung an die Nation. Er erklärte, wenn die Bergarbeiter gezwungen würden, zu einer längeren Arbeitslosigkeit in die Gruben zurückzukehren, würden sie nicht arbeiten. Sie würden dann mehr zerstören als aufbauen, und der Kampf würde noch härter fortgesetzt werden als bisher.

Die Wahlen in Sachsen. Die Sozialdemokratie hat die Schlacht verloren.

Nach dem vorläufigen endgültigen Ergebnis der sächsischen Landtagswahlen verteilen sich die 96 Mandate wie folgt auf die Parteien:
Alte Sozialdemokratische Partei . . . 4
Deutschnationale Volkspartei . . . 12
Deutsche Volkspartei . . . 14
S. P. D. . . . 31
Kommunisten . . . 14
Deutsche Demokratische Partei . . . 5
Wirtschaftspartei . . . 10
Völk. Sos. Arb. Gem. 1
Zentrum 1
Nat. Soj. Volks. Arb. 2
Reichspart. f. Volksw. u. Aufst. 1
Haus- und Grundbesitz 1

Von bekannten Parlamentariern sind wiedergewählt worden von den Deutschnationalen Landtagspräsident Dr. Wagner Leipzig, Deutschen Volkspartei Oberbürgermeister Dr. Säger Dresden, Volksbildungsminister Dr. Kaiser und Justizminister Dr. Wanger. Von den Demokraten sind Finanzminister Schriftleiter Rätzsch, Reichssekretär Krenner und Meurer Leipzig. Nicht wiedergewählt wurden der Arbeitsminister Glaser und der Reichssekretär Krenner, beide von der S. P. D. Neu in den Landtag tritt der Nationalsozialistische Arbeiterpartei angehörige Kapitanleutnant a. D. Schmidt von Müde.

100 000 Sozialisten zu den Kommunisten übergegangen

Die Altsozialisten des Jünglings an der Waga.

Die Wahlen in Sachsen haben eine nicht unerhebliche Verschiebung in der Stärke der Parteien angeht.

Was zunächst die Parteien der Rechten anbelangt, so haben sowohl die Deutschnationalen, als auch die Deutsche Volkspartei starke Verluste erlitten, die durch den Verzug der Parteien zugezogen sind, die in Sachsen neu entstanden sind. Hierher gehört vor allem die Wirtschaftspartei, die man, entsprechend ihrer Einwirkung im Reich, dem rechten Flügel der bürgerlichen Mitte zuzählen kann. Großen Schaden haben der nationalen Bewegung die bäuerlichen Spitterpartei zugefügt. Die Reichsradikalen sind mit zwei besonderen Werten aufgetreten und haben drei Mandate erobert, und die Wählerpartei, die ihre Spitze im Wahlkampf ganz und gar gegen die Deutschnationalen gerichtet hatte, hat es auf 4 Mandate gebracht. Das Zentrum ist nur mit wenigen Stimmen unter der für ein Mandat notwendigen Höhe geblieben. Auch die Hausbesitzerpartei hat auf einige Stimmen an der alte Otis verlor. Ohne diese Spitterpartei wäre die bürgerliche Mehrheit in Sachsen, wie sich leicht ersehen läßt, sicher gewesen.

Die Altsozialisten haben nur die Mandate behauptet können. Trotzdem wird es die merkwürdige Konstellation, die das Ergebnis des sächsischen Wahlkampfes ist, mit sich bringen, daß sie ausfallend für die nächste Zukunft des sächsischen Staates sein wird. Das ist der moralische Gewinn der Altsozialisten und der schwere Schlag für die S. P. D., die gehofft hatte, daß die Radikalsozialisten würden von heute ab die Lage in Sachsen meistern können. Nichts von den Altsozialisten werden 45 Stimmen, links von ihnen die 45 Stimmen der Reichsradikalen. Es ist kein Zweifel, daß in diesen Tagen von der Leitung der Sozialdemokratischen Partei die heftigsten Anstrengungen werden gemacht werden, um zu verhindern, daß die Altsozialisten sich, entsprechend ihrer bisherigen Haltung, für das Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien entscheiden. Gleichen die Altsozialisten über die bisherigen Einstellung getreu, so ist zwar eine Regierung der Koalition von der Deutschen Volkspartei bis zu den Altsozialisten nur als Minderheitsregierung möglich. Aber

es wäre die Möglichkeit zu derjenigen Lösung gegeben, die vor den Wahlen als die gangbarste bezeichnet: Zum Zusammenarbeiten aller Parteien von den Altsozialisten bis zu den Deutschnationalen — wobei allerdings vorausgesetzt ist, daß die Deutschnationalen Stoffen in Zukunft ihre nicht zu billige Offenstellung gegen die Altsozialisten aufgeben.

Bei den 45 Stimmen rechts von den Altsozialisten rechnen wir, etwas optimistisch, die Demokraten zu den bürgerlichen Parteien.

In den letzten Kreisen der Deutschen Sozialdemokratie wird das Ergebnis der Sachsenwahlen heftige Erregung hervorgerufen haben. Denn die Freude darüber, daß die sächsischen Radikalen den Altsozialisten viele Mandate, wie zu erwarten, abgenommen haben, wird wohl aufgewogen durch die Tatsache, daß die Kommunisten den radikalen Sozialisten gegen 100 000 Stimmen entzogen. Die Lehre daraus ist, daß die Sozialdemokratie in Sachsen noch nicht radikal genug gewesen ist, um ihren Verzicht auf dem linken

Flügel gegen die kommunistische Durchdringung zu schützen. An diesem Punkte liegt die Bedeutung, die das sächsische Wahlergebnis für die politische Lage des Reiches überhaupt hat. Welche Rolle bei den bevorstehenden innerpolitischen Entscheidungen die Sozialdemokratische Partei hat, geht aus der geringen Höhe des Zentrumsergebnisses, des gemäßigten Reichspartners, hervor, die ein offenes Angebot an die S. P. D. zum Eintritt in die Reichsregierung darstellt. Die Sozialdemokratie wird auf diesem Angebot unter dem Eindruck der geringen Wahlen Stellung nehmen. Das Gewicht des radikalen Elements ist seit gestern ohne Zweifel größer geworden. Demnach sind werden die Bedingungen der Sozialdemokratie für den Eintritt in die Reichsregierung und für die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die preussische Regierung sein. Bei der Deutschen Volkspartei wird in der Doppelrolle die Entscheidung liegen, ob sie sich dem Marxismus entgegenüberhalten unterwerfen will oder nicht.

Dr. J.

Marx über die Frage der Regierungsumbildung

Im Reichsparteiausschuss der Zentrumspartei

hielt gestern in Erfurt Reichstagsrat Dr. Marx eine Rede, in der er zunächst die außerpolitische Lage nach dem letzten Reichstag in den Vordergrund behandelte und hierauf eingehen auf die

Verhandlungen von Thoiry

zu sprechen kam, die durchaus in der Richtung der Zentrumspolitik liegen und die volle Billigung der Partei finden. Er führte im einzelnen hierzu aus: Es ist unzulässig, die Verhandlungen von Thoiry dem Vorwurf zu erheben, daß sie die Verhandlungen von Thoiry hätten vollständig einseitig und daß im Hinblick darauf erforderlich sei, daß die Verhandlungen nicht mehr die harte Einstellung Frankreichs hinsichtlich der Regelung des Betreibe kommenden Gebietes aufrechterhalten werden kann. Es steht nun einmal fest, daß

Deutschland die Regelung des besetzten Gebietes von fremder Beistand verlangen kann, sobald der richtige finanzielle Weg gefunden wird.

Über gerade diese Regelung bietet so große Schwierigkeiten, daß sie nicht von heute auf morgen zu erledigen sind. Die in Thoiry vorgeschlagene Mobilisierung der Reichsbahnobligationen ist auf jeden Fall die Wahrung Amerikas voraus. Ziele ist aber nur zu erreichen, wenn das Schuldentabellen zwischen Amerika und Frankreich endlich von Frankreich freigegeben wird. Diese Mobilisierung ist auf ungenügend große Schwierigkeiten in Frankreich, eine die Aufnahme einer gemeinsamen Anleihe durch Deutschland und Frankreich, welche ebenfalls auf große Bedenken. Es muß eben in diesem Bereich nicht nur sehr sorgfältig geprüft werden, sondern auch die Entscheidung einer so außerordentlich schwierigen Frage ein längeres Zeitalter in Anspruch genommen werden muß, ergibt sich ohne weiteres. Die Aufgabe dieser Verhandlungen ist die Anzahl werden nicht mehr auf der Welt geschickt werden; die Frage wird nicht eher zur Ruhe kommen, bis die Regelung des besetzten Gebietes erreicht ist.

Was die innere Politik anlangt, so wird zunächst die Frage der Regierungsbildung

in Reich wie in Preußen im Vordergrund des Interesses liegen. Die Zentrumspartei hat wiederholt ihre Einstellung in dieser Frage ausdrücklich festgelegt. Sie ist bereit, mit jeder Partei eine Regierung zu bilden, die gemäß ist, auf dem Boden der bestehenden Verfassung die Politik weiter zu treiben, die bisher von der Zentrumspartei als richtig anerkannt worden ist. Die zur Zeit im Vordergrund stehenden Preußenmängeln, die große Koalition sowohl in Preußen als in Reich herzustellen, werden von der Zentrumspartei in erheblicher, vollständiger Beiseite gelassen werden. Was die innere Politik anlangt, so wird zunächst die von der Sozialdemokratie verlangt werden müssen, daß sie sich endlich klar darüber entscheidet, ob sie lieber

parlamentarischen Ansehen Bedeutung trägt oder eine Partei, die im allgemeinen von ihr als wichtig anerkannt wird, dadurch tatsächlich unterstützt, daß sie sich bereit erklärt, auch über die die Verantwortung durch die Partei zur Regierung zu übernehmen. Wiederholte und sehr heftige Stimmen in sozialdemokratischen Kreisen gehen der Erklärung Raum, daß in weiten Kreisen der Sozialdemokratie die Partei die Erkenntnis, welche Pflicht in der Zeit des demokratischen Parlamentarismus einer großen, auf dem Boden der Verfassung stehenden Partei obliegt, nach nicht Gemeingut geworden ist. Solange die Sozialdemokratie auf die Schwäche der Republik überträgt, die Verantwortung ihrer Schwäche nicht überträgt, ist von einem inneren Durchbruch des großen Staatsgebänders bei ihr noch nicht die Rede. Man wird nicht von der Notwendigkeit demokratischer Gestaltung unterlassen werden, überläßt aber, daß die Demokratie im modernen Sinne des Wortes nicht nur in der Betonung von Medien besteht, sondern daß gerade die Überhebung der Willkür dem Volk und dem Staat gegenüber und die Verantwortlichkeit zu deren Erfüllung den Hauptinhalt des modernen demokratischen Staatsbegriffes darstellen.

Auf der anderen Seite sehen wir

Die Deutschnationale Partei

nicht nur bereit, in die Regierung einzutreten, sie stellt es sogar als ein Recht hin, in die Regierung aufgenommen zu werden und erhält — wenigstens auf ihrem Parteiboden — ausschließlich einen baltischen Anhang. Wie sich die Frage der Regierungsbildung weiter entwickeln wird, läßt sich zur Zeit nicht abschätzen übersehen. Die Entscheidung über die Aufnahme in die Regierungsbildung wird von den Parteien abhängen, die in der Regierung einbezogen werden, in die Regierung einzutreten, und die Zentrumspartei wie dies geschieht und durchaus objektiv bewerten und danach handeln. Mit der Betonung einer demokratischen Partei, daß man sich auf den Boden der Demokratie aufstellen muß, wenn man als politische Partei auf dem Boden des Reichstages mitreden will, ist die Entscheidung über die Aufnahme in die Regierungsbildung nicht nur ein politisches, sondern auch ein inneres Problem, das durch die Verfassung von Weimar hervorgerufen ist, und man sich nicht begnügen kann. Dafür hat das Reichstagesmitglied der Deutschnationalen Partei in der Sitzung vom 1. November 1926 ein großes und nur zu sehr begründetes Wort gesprochen bei all dem Parteien erweist, die sich nicht nur formal auf dem Boden der Verfassung stellen, sondern auch aus innerer Überzeugung einbezogen sind, die durch die Verfassung von Weimar hervorgerufen ist, und man sich nicht begnügen kann. Dafür hat das Reichstagesmitglied der Deutschnationalen Partei in der Sitzung vom 1. November 1926 ein großes und nur zu sehr begründetes Wort gesprochen bei all dem Parteien erweist, die sich nicht nur formal auf dem Boden der Verfassung stellen, sondern auch aus innerer Überzeugung einbezogen sind, die durch die Verfassung von Weimar hervorgerufen ist, und man sich nicht begnügen kann.

Wie die Regierungsbildung vor sich gehen wird, und ob überhaupt eine Änderung des bisherigen Koalitionsverhältnisses vorgenommen werden soll, wird, wie gesagt, Gegenstand der Parteiverhandlungen

OSCAR SCHMIDT & CO. BERLIN-WILMERSDORF BADENSCHSTR. 48. GEN.-VERT. f. d. DEUTSCHLAND u. OSTERREICH. BEILINDE

